

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86846 ppbn d

Inhalt

36. Jahrgang / 156 / 21. August 1981

Heinz Westphal MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert das Zerreden der Ergänzungsabgabe: Beschäftigungspolitische Maßnahmen bleiben notwendig.

Seite 1

Herrmann Scheer MdB sieht die FDP-Führung, das Koalitionsverhältnis schwächen: Genscher sollte sich auf seine Basis besinnen.

Seite 3

Klaus-Dieter Osswald MdB hält die Unions-Anfrage "Hochschulwesen" in ihrer Selbstherrlichkeit für unübertreffbar: Mit Reizwörtern ist es nicht getan.

Seite 5

Dokumentation

Hintergrund: Das Verhältnis SPD-FDP.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

Die Ergänzungsabgabe nicht zerreden

Die beschäftigungswirksamen Maßnahmen bleiben notwendig

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Ich mag mich irren, aber ich glaube nicht, daß Herr Genscher mit seinem Brief an die FDP-Mandatsträger die Vorarbeiten für einen Koalitionswechsel im Zusammenhang mit den restlichen Entscheidungen über die Verbesserung der Haushaltsstruktur und die erforderlichen beschäftigungspolitischen Maßnahmen treffen will.

Ihm geht es seit Ende Juli darum, den Gedanken der Finanzierung der von beiden Seiten der Koalition für notwendig angesehenen beschäftigungswirksamen Maßnahmen durch eine Ergänzungsabgabe öffentlich zu zerreden.

Geben wir es zu, dieses Zerreden der Ergänzungsabgabe ist ihm weitgehend gelungen, obwohl sie als auf zwei oder höchstens drei Jahre begrenzte Maßnahme ohne Zweifel auf die von der steuerlichen Leistungsfähigkeit her gesehen vertretbarste Weise und von der sozialen Seite her gesehen gerechteste Weise die Mittel aufbringen würde, um Beschäftigungspolitik zu finanzieren, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Es ist doch nach wie vor unzutreffend zu behaupten, daß durch eine eng begrenzte - mehr war nie gewollt - Ergänzungsabgabe Investitionen verhindert würden. Herr Strauß hatte 1968 als Finanzminister für die dreiprozentige Ergänzungsabgabe bekanntlich sowohl "Gesichtspunkte des sozialen Ausgleichs" als Argument verwendet, als auch hinzugefügt, daß "von ihr kaum hemmende Einflüsse auf das Investitionsverhalten der Unternehmer... zu erwarten" seien.



Der große Taktik-Künstler an der Spitze der kleinen, aber gebrauchten Partei baut in diese wenig hilfreiche öffentliche Diskussion dann ein paar harte, für eine Arbeitnehmerpartei unannehbare Forderungen mit ein: Arbeitslosengeld kürzen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch Karenztage in ihren Kerngehalt der Gleichstellung mit Angestellten und Beamten zerstören. Da wird für beide Seiten der Koalition die Rücknahme von "Überforderungen" des Partners möglich. Jeder verzichtet auf eine Überforderung des anderen.

"O.K." könnte man da sagen. Aber: So billig kann Herr Genscher nicht davon kommen! Es fehlt ja dann die Finanzierung für die beschäftigungswirksamen Maßnahmen, die Teil der Gesamaktion sind. Und da werden wir doch wohl alle nicht mehr weiter beim Wohngeld und beim Kindergeld danach suchen dürfen, sondern dort, wo Leute mit hohen Einkommen ungerechtfertigte Vorteile aus der Steuergesetzgebung der Adenauer- und Erhard-Zeit haben. Es geht doch wohl nicht an, sich schützend vor die Einkommen der Reichen zu stellen und gleichzeitig dem arbeitslosen Familienvater das Arbeitslosengeld kürzen zu wollen.

Es war interessant zu hören, daß Mandatsträger der FDP schon bevor der Brief ihres Vorsitzenden bei ihnen eintraf, die soziale Ausgewogenheit solcher Pläne bezweifelten. Wenn wir Sozialdemokraten, um schneller zu zusätzlichen Arbeitsplätzen zu kommen, bereit sind, sogar in begrenztem Maße das problematische Mittel der Abschreibungsvergünstigungen mitzumachen, dann fällt das bei Konservativen und Liberalen wohl unter "Verbesserung der Rahmenbedingungen". Zu den Verbesserungen der Rahmenbedingungen gehört aber in einem wesentlich entscheidenderen Maße, daß der kleine Mann Verständnis für die ihm zugemuteten Belastungen dadurch aufbringen kann, daß er sieht, die Bezieher hoher Einkommen müssen deutlich stärker als er an den Lasten mittragen.

Dies in konkrete Maßnahmen umzusetzen, ist die Anfang September noch - ergänzend zu dem bereits Beschlossenen - gestellte Aufgabe. Vorschläge dafür gibt es; aber man sollte sie nicht vorher zerreden. (-/21.8.1981/bgy/rs)

+ + +



Genscher sollte sich auf seine Basis besinnen

Die FDP-Führung schwächt das Koalitionsverhältnis

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Mitglied des SPD-Parteirates

Seit der Bundestagswahl 1980 scheint das sozialliberale Koalitionsverhältnis aus den Fugen zu sein. Die Verantwortung dafür trägt einzig und allein die FDP-Führung.

- o Bereits im Bundestagswahlkampf führte die FDP ihren Wahlkampf vor allem gegen die SPD. Diese ließ dies ohne Reaktion geschehen, da das FDP-Vorgehen doch dazu dienen sollte, daß diese der Union Anti-Strauß-Wähler abjagt und der Koalition zuführt.
- o Die FDP-Führung, die einen Wähleranteil von zehn Prozent und einen Anteil von 20 Prozent der Koalitionswähler hat, spielte sich bei den Koalitionsverhandlungen auf, als wäre sie der Seniorpartner der Regierung. Sie maßte sich an, für 57 Prozent der Nicht-SPD-Wähler gegenüber 43 Prozent SPD-Wähler auftreten zu können. Der SPD-Wählerschaft und der SPD wurden Zugeständnisse zugemutet, während die FDP jeden Einschnitt bei den von ihr vertretenen Wählerinteressen rigoros ablehnte. Um des Erhalts der Koalition willen machte die SPD zu viele Zugeständnisse. Die parteipolitischen und sachlichen Unverhältnismäßigkeiten des Ergebnisses der Koalitionsverhandlungen waren aber vor allem darauf zurückzuführen, daß die SPD regierungsverantwortlich dachte, die FDP nur noch parteilegistisch.
- o Innerhalb der SPD wie auch der FDP gibt es eine weitverbreitete Skepsis gegenüber einer Stationierung von Mittelstreckenraketen auf westeuropäischem Festland, gegenüber den Aufrüstungsschritten und der Verhandlungsbereitschaft der neuen amerikanischen Regierung. In diesen Fragen findet in beiden Parteien innerparteiliche Demokratie statt, wie es für Sozialdemokraten und für Liberale selbstverständlich ist. Aber der FDP-Vorsitzende Genscher versucht ständig, die innerparteilichen Vorgänge in der SPD als öffentlichen Beleg für die Unzuverlässigkeit der SPD zu nutzen. Während aus der FDP ähnliche Befürchtungen vor einer mangelnden amerikanischen Verhandlungsbereitschaft zu den Mittelstreckenraketen zu hören sind wie aus der SPD, versucht Genscher, die SPD-Stimmen als Helfer Moskaus hinzustellen. Während aus den Reihen der FDP ähnliche Stimmen gegen die amerikanische Neutronenwaffenentscheidung zu hören waren wie in der SPD, warnte Genscher in diesem Zusammenhang die SPD vor einer Ausbreitung des Antiamerikanismus.
- o Vor der nächsten Beratungsrunde zum Haushalt 82 versucht Genscher öffentlich FDP-Position so festzuklopfen, als wolle er der SPD jetzt sagen: Hund, friß oder stirb. Und mit der Veröffentlichung der Umfrage, nach der die FDP angeblich einen Koalitionswechsel beim Wähler überstehen könnte, versucht er nicht mehr und nicht weniger als sich eine Erpresserposition gegenüber der SPD aufzubauen, weil damit gezeigt wird, daß zwar die FDP, aber nicht die SPD die Möglichkeit zu einer anderen Koalition habe.

Mit dieser Entwicklung seit dem Sommer 1980 hat in der Tat die Koalition einen Tiefpunkt erreicht wie noch nie seit 1969. Es besteht gar kein Zweifel mehr, daß der FDP-Vorsitzende die Koalitionskarten neu mischen will und dabei auf seine persönliche Popularität und relativ günstige Umfrage-Ergebnisse für die FDP setzt. Diejenigen in der FDP-Führung, die den Weg zur Beendigung der sozialliberalen Koalition und zur Öffnung



einer CDU/CSU-FDP-Koalition machen wollen, haben offenbar dafür einen festgelegten operativen Plan. Dieser besteht darin, die SPD solange zu demütigenden Kompromissen zu zwingen, bis die SPD-Mitglieder immer unruhiger werden, um dann die SPD als regierungsunfähig und koalitionsunzuverlässig hinstellen und aus der Koalition aussteigen zu können.

Dennoch muß dies keineswegs zwangsläufig in ein baldiges Ende der Koalition münden. Denn die SPD hat durchaus Möglichkeiten zur Antwort auf die Strategie der Koalitionsspieler in der FDP:

- Es erscheint für die SPD-Führung angebracht, der FDP gegenüber weniger kompromißbereit aufzutreten als in den vergangenen zwölf Monaten, insbesondere weil die Führung dieses Partners mit dem Gedanken spielt, der SPD bei günstiger Gelegenheit den Laufpaß zu geben. Die Loyalität und Kompromißbereitschaft der SPD gegenüber dem Koalitionspartner hat sich im letzten Jahr nicht bewährt. SPD wie Koalition wurden dadurch geschwächt; allein die FDP blieb zu Lasten der Koalition ungeschwächt.
- Die Auftraggeber und Interpreten in der FDP-Führung zur Umfrage nach den Folgen eines Koalitionswechsels der FDP haben die Rechnung ohne die Wirte gemacht. Das ist zum einen die FDP-Mitgliedschaft und auch nennenswerte Teile der FDP-Führung, die einen Koalitionswechsel nicht widerstandslos hinnehmen werden - dies hätte unweigerlich Folgen auf das Wählerverhalten nach einem Koalitionswechsel. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß die günstigen Umfrage-Ergebnisse für die FDP allein darauf zurückzuführen sind, daß diese sich überall in den Windschatten stellen konnte: Unmut gegen die Koalition richtete sich in erster Linie gegen die SPD; die Attacken der Union schonten bewußt die FDP; die SPD schonte aus Koalitionsloyalität die FDP. Wer nicht kritisiert wird und sich dadurch in der Öffentlichkeit um alles herumdrücken kann, kann leicht den Abstauber spielen und gute Umfrageergebnisse erzielen. Sobald man die FDP ins volle Rampenlicht der öffentlichen Kritik und ihrer Verantwortung stellt, wäre es vorbei mit den günstigen Umfragen.

Aus allem folgt: Wenn die sozialliberale Koalition stabilisiert werden soll, muß die Schonzeit für die FDP aufhören. Wenn sich die SPD um des Erhalts der Koalition willen von der FDP weiter zermürben läßt, wird die Koalition bald zu Ende sein, denn allein bei einem zermürbten Partner hat die FDP die Gelegenheit zum Wechsel. Um die Koalition zu halten, muß die SPD in der Koalition selbstbewußter und entschiedener werden und muß die Stühle so zurechtrücken, wie sie der Wähler gestellt hat.

(-/21.8.1981/va-he/ca)

+

+

+



Mit Reizwörtern ist es nicht getan

Unions-Anfrage "Hochschulwesen" ist an Selbstherrlichkeit unübertreffbar

· Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Dieses Elaborat einer Großen Anfrage zu Problemen im Hochschulwesen wird kaum behilflich sein, eben jene Probleme im Hochschulbereich der 80er Jahre zu lösen. Es hat wohl auch vor allem nur die Aufgabe, ein bildungspolitisches Sommerloch der Opposition zu stopfen.

Die Große Anfrage von CDU/CSU "zum Ausbau der Hochschulen, zur sozialen Lage der Studenten und zur Förderung des Nachwuchses in Wissenschaft und Forschung" ist keine große Offenbarung. Wenn von der Bundesregierung konzeptionelle Klarheit gefordert wird, kann man erwarten, daß konkret auf Einzelprobleme eingegangen wird. Da, wo Einzelprobleme angesprochen werden, handelt es sich um alte Diskussionspunkte, bei denen von der Opposition bisher wenig Konstruktives beigetragen wurde. Zwar wird betont, daß eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten akzeptiert werden müßten, andererseits werden bei Forderungen hinsichtlich des Studentenwohnraumbaus und Hochschulbaus die finanziellen Möglichkeiten überschritten beziehungsweise überschätzt und Scheinargumente angeführt.

Wenn von der Opposition hier von einer sogenannten Konzeption gesprochen wird, bleibt der Eindruck, als ob hier genaue Prognosen über ein Jahrzehnt oder länger verlangt würden. In den letzten Jahren ist aber deutlich geworden, daß solche Prognosen kaum möglich sind. Es sei nur an den Rückgang der Studienwilligen im Verhältnis zu den Studienberechtigten erinnert: Weniger als 70 Prozent der Abiturienten gehen heute an eine Hochschule, 1975: 92 Prozent. Die Nachfrage hat sich also geändert. Eine Vorhersage über solche Veränderungen im Verhalten wäre vor fünf Jahren unmöglich gewesen.

Das gleiche gilt für die von der Opposition gewollte "Differenzierung des Studienangebots". Wenn von ihr gefordert wird, daß die Mittel für den Hochschulbau gezielt für Fächer eingesetzt werden sollen, bei denen gute Berufschancen bestehen - Natur- und Ingenieurwissenschaften -, dann sind das genau die Fächer, bei denen das Angebot die Nachfrage übersteigt.



Völlig unscharf ist auch die vom bildungspolitischen Obmann der CDU/CSU-Fraktion erneut geforderte Leistungsbereitschaft der Studenten. Schon im Entstehungsprozeß der 7. BaFöG-Novelle hatte die Opposition immer wieder darauf bestanden, daß weniger soziale Gesichtspunkte, sondern stärker die Überprüfung von Leistungsgesichtspunkten notwendig seien. Sie verwies dabei stets auf Mißbrauchsmöglichkeiten. Dabei fehlte es unaufhörlich an konkreten, durchführbaren und nicht mit zu hohem Verwaltungsaufwand versehenen Vorschlägen.

Überhaupt nicht beweiskräftig ist die Argumentation, daß in Universitäts-Großstädten angeblich bis zu 20 Prozent "Scheinstudenten" studierten. Solange keine Zahlen vorgelegt werden können, die den Anteil der BaFöG-Empfänger an diesen Studenten belegen, sind das Leerthesen. Tatsache ist: Die durchschnittliche Studienzeit von BaFöG-Studenten ist weitaus niedriger, als die der übrigen Studenten.

Was die Graduiertenförderung anbetrifft, so ist sicherlich eine Nachfolgeregelung ab dem 1. Januar 1982 notwendig. Wenn man die Relation von 15 bis 20 Millionen Mark zum Haushaltsvolumen des BaFöG von 2,4 Milliarden Mark betrachtet, so sind diese Mittel sicherlich ohne große Schwierigkeiten verfügbar.

Im studentischen Wohnraumbau läßt sich auch nicht so leicht herumjonglieren, wie die Opposition sich das vorstellt. Es handelt sich hierbei nicht um eine klassische Gemeinschaftsaufgabe. Der Bund hat lediglich in den vergangenen Jahren hier versucht, die Bundesländer bei der von ihnen zu erbringenden Leistung zu unterstützen, um schlimmste Engpässe zu vermeiden. Wenn hier die Opposition von der Bundesregierung eine klare Konzeption verlangt, dann würde man sich über die heftigen Widersprüche der Länder wundern, wenn sie an dieser Konzeption nicht beteiligt würden.

Die Große Anfrage der Opposition im Hochschulwesen zeigt: Die Selbstherrlichkeit auch der CDU/CSU-Bildungspolitiker ist kaum zu übertreffen. Mit einem Katalog von bildungspolitischen Reizwörtern ist es nicht getan, vor allem dann nicht, wenn diese völlig im allgemeinen bleiben und überall dort ausweichen, wo es um konkrete Aussagen ginge.

(-/21.8.1981/hf/ca)

+ + +



Dokumentation:

Der SPD-Informationssdienst "intern" des Parteivorstandes und der SPD-Bundestagsfraktion hat in seiner jüngsten Ausgabe die am Wochenanfang veröffentlichte FDP-Umfrage analysiert. Wir geben den Text wider:

Hintergrund: Das Verhältnis SPD-FDP

Im August wurde viel über "die Koalition" spekuliert. Anlaß war unter anderem eine Untersuchung, die das IPOS-Institut im Auftrag der FDP "über Wahlverhalten und Koalitionspräferenzen" durchgeführt hatte. Die meisten dieser Spekulationen gehen fehl.

Man muß sich Folgendes klarmachen:

Die stärksten Beifallsstürme innerhalb der CDU/CSU kassierten in diesem Sommer die Politiker Tandler und Mayer-Vorfelder: Der Bayerische Innenminister Gerold Tandler, auf dem Parteitag der CSU, als er seinen Entschluß verkündete, die Polizei mit CS-Gas auszurüsten. Und der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder, als er die konservative Politik seines Vorgängers Wilhelm Hahn beseite schob und den Weg zurück in die Bildungspolitik der fünfziger Jahre ankündigte. Der Gedanke an eine mögliche Koalition mit den Liberalen war bei allen diesen Äußerungen offensichtlich nicht mehr vorhanden. Noch deutlicher ist die Rechtskurve der Union in der Sicherheitspolitik. Strauß hat die Gleichrangigkeit von Verteidigungsanstrengungen und Verhandlungsbereitschaft als "Geburtsfehler des NATO-Doppelbeschlusses" bezeichnet, "der taktisch bedingt, aber in der Sache leider unlogisch war". Es handelt sich nicht um eine isolierte Äußerung von Franz Josef Strauß; Wörner, Kohl und sogar Leisler Kiep haben ganz ähnliche Äußerungen getan: Rüstung vor Verhandlungen. Immer mehr Politiker der Union rücken vom Verhandlungsteil des Beschlusses ab. Die einzig wirklich markante Ausnahme ist der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, mit einer bemerkenswerten, aber in seiner Partei isolierten deutschlandpolitischen Konzeption.

Analysiert man diese Entwicklung, so wird man feststellen müssen, daß die Mehrheit der Mitglieder der Union in faszinierter Anpassung an die Wählerentwicklung in England und den Vereinigten Staaten auf den Neokonservatismus setzt. Als gemeinsame Organisation christlich-sozialer, wirtschaftsliberaler und konservativer Kräfte konzipiert, wird die Union - auch gegen ihre gegenwärtig handgreiflichen Machtinteressen - nach rechts gezogen. Das christlich-soziale Element tritt immer mehr zurück, die beiden anderen treten plastisch nach vorn. Diejenigen CDU/CSU-Politiker, die auf den Gewinn der absoluten Mehrheit 1964 setzen, haben sich ganz offensichtlich durchgesetzt. Generalsekretär Heiner Geißler gerät mit denen, die immer noch auf eine Koalition mit der FDP setzen, in eine schwächer werdende Minderheit.

Dies stellt auch die neueste, von der FDP veröffentlichte Analyse zu Wahlverhalten und Koalitionspräferenzen von FDP-Anhängern in den richtigen Rahmen. Das Entscheidende ist, daß die jetzt sichtbar werdenden Positionen der CDU/CSU in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Innen- und Rechtspolitik, in der Bildungspolitik den programmatischen Vorstellungen der Freien Demokraten in zentralen Punkten widersprechen. Zwar gibt es unbestreitbar auch zwischen den Koalitionsparteien deutliche Akzentunterschiede bei verschiedenen Sachfragen, beispielsweise in der Abrüstungspolitik oder bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß nicht nur der überwiegende Teil der FDP-Wähler (wie die IPOS-Studie ja ausweist), sondern vor allem die erdrückende Mehrheit der FDP-Mitglieder die Bewegung der Union hin zum Neokonservatismus, ja fast zum Neopopulismus, nicht mitmachen wird.



Zur Studie selbst ist zu sagen, daß sie von der bisherigen Praxis der FDP abweicht, die Mehr-Themenbefragung, Fragestellungen mitlaufen zu lassen und so mehrere hundert FDP-Wähler zu erreichen. Diesmal wurden insgesamt nur 1.003 Interviews bei Wahlberechtigten durchgeführt; darunter waren demgemäß nur etwa 100 Interviews mit FDP-Anhängern. Diese schmale Datenbasis reicht nach allen statistischen Erkenntnissen nicht aus, um genaue Berechnungen für Wählerpotentiale vorzunehmen. Beispiel: Wenn aus den Befragungsergebnissen gefolgert wird, daß die FDP bei einem Koalitionswechsel mit einem Wählerverlust von netto "zehn Prozent" zu rechnen hätte, so stützt sich diese Zahl auf 10 Interviews.

Im übrigen macht die Studie aber durchaus exakt und ohne Überinterpretation auf Trends aufmerksam, die wir genauso beobachten. Die FDP ist bei der Bundestagswahl 1980 stark in die Wählerschaft der CDU/CSU eingebrochen; es ist deshalb verständlich, daß die Zahl der FDP-Anhänger, die als zweite Präferenz CDU/CSU haben, gewachsen ist.

Doch auch dies vorausgesetzt, zeigt die Studie deutlich die enge Bindung von SPD und FDP.

Beispiel:

Drei Konfliktsituationen wurden vorgestellt:

1. Die Zunahme der innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD gefährdet die Regierungsarbeit.
2. Helmut Schmidt tritt zurück.
3. Die Koalitionsparteien können sich nicht über den Haushalt einigen.

Selbst bei diesen drei hartformulierten Annahmen plädiert die Hälfte der FDP-Anhänger unbeirrt für eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition. Ein Sechstel bis ein Fünftel rät der FDP in diesen Fällen dazu, in die Opposition zu gehen. Verbleibt also ein Drittel, das den Koalitionswechsel empfiehlt.

Und sogar bei der extremsten Situation, die im Interview vorgestellt wurde, nämlich die Annahme, daß die Koalitionsparteien in den grundsätzlichen Fragen der Politik sich nicht mehr einigen können, halten nur 41 Prozent der FDP-Anhänger einen Koalitionswechsel für ratsam.

Die von der FDP veröffentlichten Teile der Studie lassen übrigens eine zentrale Frage unberücksichtigt: Was könnte die FDP-Anhänger positiv motivieren, zur CDU/CSU zu wechseln? Wie hoch sind nach wie vor die politisch-inhaltlichen Wählbarkeitsbarrieren, die die FDP-Wähler von CDU/CSU trennen? Nach der politisch-inhaltlichen Entwicklung der Union in den letzten zwei Monaten wird diese Frage um so wichtiger. SPD und FDP können ihre Zusammenarbeit selbstbewußt fortsetzen, und das heißt: Meinungsunterschiede müssen nicht versteckt, sondern können ausgetragen werden.

(-/21.8.1981/h1/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

